

lfd. Nr. 4.5:

Priorität der Fraktion Die Linke

Tagesordnungspunkt 22

Verdrängung vermeiden – Mietrichtwerte für Hartz IV und Sozialhilfe anheben

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache [17/0099](#)

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Das Wort hat Frau Abgeordnete Breitenbach. – Bitte!

Elke Breitenbach (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zahl der Zwangsumzüge steigt. Die Verdrängung von Geringverdienenden und Hartz-IV-Beziehenden aus den Innenstadtbezirken nimmt zu. Wenn Sie, Herr Müller, jetzt über die Zeitung mitteilen lassen, es sei ja keine Zumutung, von Mitte nach Spandau umzuziehen, dann mag das für Sie persönlich kein Problem sein. Für viele andere bedeutet es aber den Verlust des sozialen Umfelds. Zumindest wir wollen das nicht.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir wollen auch nicht, dass es in Berlin Hartz-IV-Bezirke gibt. Die alte AV Wohnen wird dem allem nicht gerecht. Deshalb möchten wir eine Veränderung. Alle Bemühungen meiner Fraktion seit 2008, mit der SPD hier zu vernünftigen Änderungen zu kommen, sind leider gescheitert. Nach der Änderung des SGB II muss die AV Wohnen jetzt in eine Rechtsverordnung umgewandelt werden. Mit unserem Antrag schlagen wir vor, wie das konkret aussehen soll.

Wir möchten gern sinnvolle Regelungen der alten AV Wohnen wie die Sonder- oder die Härtefallregelung, die eine Überschreitung des Richtwertes im Einzelfall vorsehen, beibehalten. Wir möchten gern, dass das bisherige umfassende Prüfverfahren bei der Angemessenheit der Wohnkosten bleibt, aber auch, dass es besser wird. Jetzt sind zum Beispiel die Beschäftigten überfordert, wenn sie die Betriebskosten überprüfen müssen. Deshalb schlagen wir vor, dass es in Zukunft eine Kooperation mit Dritten gibt, zum Beispiel mit Mieterorganisationen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir möchten, dass die 2008 vom Senat beschlossene Regelung für den flexiblen Umgang mit Heizkosten bleibt. Niemand soll seine Wohnung wegen steigender Heizkosten verlieren. Darüber hinaus halten wir die Erfahrungen, die es mit der kostenfreien Energieberatung für Transferleistungsbeziehende gab, für sinnvoll und denken, das sollte ausgebaut werden.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Aber Dreh- und Angelpunkt einer Rechtsverordnung Wohnen ist die Höhe der Richtwerte. Wir brauchen endlich Richtwerte, die der Realität standhalten und den Verbleib in der Wohnung ermöglichen. Deshalb wollen wir, dass sich die Richtwerte künftig am Miet- und am Heizspiegel orientieren und regelmäßig angepasst werden.

Zu Letzterem: Nur solch ein transparentes und verbindliches Verfahren kann garantieren, dass die Fortschreibung von Richtwerten nicht länger – wie in den letzten Jahren erlebt – von politischen Mehrheiten im Senat und deren Wohlwollen abhängig ist.

[Beifall bei der LINKEN –

Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Das SGB II schreibt zwar vor, dass die Wohnungsregelungen auf dem einfachen Wohnungsstandard fußen müssen, gleichzeitig wird aber ein ausreichend verfügbarer Wohnraum verlangt. Deshalb sagen wir: Es reicht nicht aus, wenn wir in die Berechnung der Richtwerte nur den einfachen Wohnraum einbeziehen. So viele Wohnungen gibt es nicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, müssen wir bei der Berechnung der Richtwerte sowohl den einfachen als auch den mittleren Standard einbeziehen. Diese Wohnungen müssen Grundlage sein.

[Beifall bei der LINKEN]

Selbst das würde noch kein ausreichendes Angebot für die Ein- und Zweipersonenhaushalte ergeben. Deshalb unser Vorschlag – liebe SPD, das ist notwendig –, auch die Wohnungen einzubeziehen, die weniger als 40 Quadratmeter haben, denn nur dann haben wir eine entsprechende Anzahl von Wohnungen, die theoretisch zur Verfügung stehen.

All diese Berechnungen führen noch nicht dazu, das Leistungsbeziehende eine Wohnung anmieten können, weil sie dies wollen oder müssen. Deshalb brauchen wir einen Neuvermietungszuschlag. – Frau Präsidentin! Ich sehe, dass ich gleich am Ende sein muss. Das bin ich auch gleich, den einen Absatz noch. – Wir haben innerhalb der letzten zwei Jahre ein besonderes Problem bekommen. Die Verdrängung, die wir heute erleben, findet in den Bezirken statt, in denen es bisher günstigen Wohnraum gab, beispielsweise in Neukölln oder im Wedding. Um das zu stoppen, brauchen wir einen weiteren Zuschlag, der im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung gewährt werden sollte.

Das sind eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die wir Ihnen vorschlagen, um eine vernünftige Rechtsverordnung Wohnen zu schaffen, die Verdrängung verhindert. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition! Wenn auch Sie die Berliner Mischung in den Kiezen erhalten wollen, dann unterstützen Sie unseren Antrag! – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Katrin Schmidberger (GRÜNE) und
Martin Delius (PIRATEN)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank!

...

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für eine Kurzintervention hat die Abgeordnete Breitenbach – bitte sehr!

Elke Breitenbach (LINKE):

Lieber Herr Beck! Meine Partei war – im Gegensatz zu Ihrer Partei und im Gegensatz zu manch anderer Partei hier im Hause – gegen die Hartz-Gesetze.

[Beifall bei der LINKEN –
Özcan Mutlu (GRÜNE): Und ihr wart zehn Jahre
in der Regierung und habt nichts gemacht!]

Den Satz, eine schlechte Nachricht über Hartz IV ist eine gute für die Linke, den konnten Sie in vielen Reden von Frau Pop hören, er ist aber in den letzten zehn Jahren dadurch nicht besser geworden. Diese Hartz-Gesetze haben dazu geführt – auch innerhalb der letzten Jahre –, dass das Leid und die Armut von vielen Menschen viel schlimmer geworden ist als vorher. Dafür, liebe Grüne, tragen Sie die Verantwortung!

[Beifall bei der LINKEN und der SPD –
Martina Michels (LINKE): Genau!]

Es war die Linke, und es war im Übrigen Rot-Rot – –

(Elke Breitenbach)

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

– Ich sagte, unter anderem von allen Parteien hier, die Piraten waren nicht dabei, und wir haben uns anders entschieden.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Kann ich jetzt bitte weitermachen?

[Benedikt Lux (GRÜNE): Sie haben doch schon
Hartz IV mitgemacht!]

Kann ich jetzt bitte weitermachen? – Ein Bundesgesetz muss von jeder Landesregierung umgesetzt werden.

[Ah! von den GRÜNEN]

Die Spielräume dabei sind ausgesprochen gering.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Gar keine Spielräume!]

Das müssten Sie wissen, wenn Sie es nicht wissen, kann es Ihnen Frau Pop vielleicht noch einmal erklären.

Wir haben in der Vergangenheit nach großen Konflikten mit dem damaligen Finanzsenator Sarrazin und auch mit dem Koalitionspartner in Berlin eine AV Wohnen gehabt,

[Zurufe von Stefan Gelbhaar (GRÜNE)
und Benedikt Lux (GRÜNE)]

die sehr lange sehr gut und eine der besten AV Wohnen war, die leider vom Bundesrechnungshof und vom Landesrechnungshof angegriffen und an bestimmten Stellen verschlechtert wurde.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Wenn man nicht immer nur rumbrüllte und mal zuhörte, Herr Lux, könnte man auch noch mal etwas lernen!

Jetzt noch einmal zur AV Wohnen: Jeder Mensch in dieser Stadt, der sich für Politik interessiert, hat mitgekriegt, dass wir mit der SPD seit mehreren Jahren über eine Änderung der AV Wohnen verhandelt haben

[Michael Schäfer (GRÜNE): Und was ist dabei herausgekommen? – Nichts!]

und versucht haben, etwas zu verbessern. Ich sagte in meiner Rede, dass wir dabei leider keinen Erfolg hatten.

Liebe Grüne! Sollten Sie irgendwann in Regierungsverantwortung kommen, was ich mir nicht vorstellen kann, werden wir sehr genau schauen, wo Sie sich durchsetzen können, wo Sie sich nicht durchsetzen können, wo Sie Kompromisse eingehen müssen. Vielleicht werden Sie das auch noch lernen, Sie kennen es auf Bundesebene. Unsere Anträge für die Änderung der AV Wohnen – weil wir es ja wieder von den Grünen abgeschrieben haben, die ja immer alles können und alles auch immer besser können – finden Sie im Internet.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Dann können Sie mal gucken, wer von wem was abgeschrieben hat, und ansonsten können wir inhaltlich ja vielleicht im Ausschuss noch einmal reden.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Möchten Sie antworten, Herr Beck? – Bitte sehr!

Martin Beck (GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken! Frau Breitenbach! Da haben wir wohl einen wunden Punkt getroffen, wenn man sich so darüber aufregt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von Jutta Matuschek (LINKE)]

Weil Sie gegen die Hartz-Gesetze waren, heißt das noch lange nicht, dass das ein Grund war, in dieser Stadt nichts Gutes dafür zu tun und endlich Rechtssicherheit zu schaffen! Das haben sie nicht gemacht!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von Martina Michels (LINKE)]

Sie haben es jahrelang zusammen mit der SPD versäumt, die Verantwortung dafür zu übernehmen und es in der Stadt besser zu machen. Es gibt Spielräume, die kennen Sie auch, und andere Länder machen es anders.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Martina Michels (LINKE): Das hat sie gerade erklärt!]

Mit der AV Wohnen haben Sie Symbolpolitik betrieben.

[Zuruf von der LINKEN: Ach so!]

Die betroffenen Menschen haben Sie jahrelang im Regen stehen lassen, und jetzt tun Sie so, als ob Sie sich für die 500 000 Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, besonders interessieren würden. Jahrelang haben Sie sich dafür nicht interessiert.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Martina Michels (LINKE): So ein Quatsch und Unsinn!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank!